

---

## Stillgeschwiegen

### Arbeitsblatt 1 – Sekundarstufe II

---

1. Recherchieren Sie zur Geschichte eines Herrenhauses aus Ihrem Bundesland.

(Sachsen z.B. Schloss Berbisdorf [Radeburg]

Sachsen-Anhalt z.B. Schloss Kunrau [bei Salzwedel]

Thüringen z.B. Schloss Kromsdorf [bei Weimar]

Brandenburg z.B. Herrenhaus Altranft [Bad Freienwalde]

Mecklenburg-Vorpommern z.B. Wasserschloss Mellenthin [Insel Usedom])

- 1.1 Erklären Sie Inhalt, Durchführung und Motive der Bodenreform in der SBZ.

- 1.2 Stellen Sie für das ausgewählte Herrenhaus insbesondere die Zeit zwischen 1940 und ca. 1960 dar.

Wie / durch wen wurde das Gebäude genutzt, welche Veränderungen erfolgten am Gebäude?

- 1.3 Äußern Sie sich auch zur Nutzung der zum Herrenhaus gehörenden Ländereien.

- 1.4 Am Modell des Gutes Seehof wird musterhaft dargestellt, wie sich ein Dorf durch die Bodenreform veränderte. Links ist das Gut vor, rechts auf dem Modell nach der abgeschlossenen Bodenreform zu sehen.

Beschreiben Sie die Veränderungen.

Sie können dazu auch eine Skizze anfertigen oder das Bild fotografieren.\*

2. Recherchieren Sie in der Ausstellung, in welchen wirtschaftlichen Bereichen Vertriebene besonders stark vertreten waren, und versuchen Sie anhand eines Beispiels, dafür Begründungen zu finden. \*
3. Erklären Sie den Begriff der *Integration*, bezogen auf Zugewanderte. Wodurch unterscheidet sich Ihre Erklärung vom Vorgang, wie er in der Ausstellung thematisiert wird?
4. Erläutern Sie in einer Mindmap Ihre Darstellungen vor der Lerngruppe.

\*Diese Aufgaben müssen mithilfe der Ausstellung bearbeitet werden.

---

## Stillgeschwiegen

### Arbeitsblatt 1 – Sekundarstufe II – Hinweise für Lehrer

---

Grundlegendes für die Bearbeitung der Aufgaben findet sich auf den Tafeln *Enteignung- Verteilung – Kollektivierung bzw. Überleben und Auskommen, Von der Sächsischen Schweiz bis zum Thüringer Wald, Von der Ostsee bis zur Lausitz*

1. Die meisten Herrenhäuser (oft Schlösser) befanden sich seit Jahrhunderten in adligem Privatbesitz, wobei die Eigentümerfamilien teilweise häufig wechselten. Einige waren auch im Besitz wohlhabender Nichtadliger. Das Herrenhaus bildete meist den repräsentativen Mittelpunkt eines ebenfalls privat genutzten Areals mit oft umfangreichen Wirtschaftsgebäuden, vor und/oder hinter dem Haus befindlichem Park, oft ein kleiner Teich, nicht selten längere Zufahrtsstraße. Das Dorf befand sich in unmittelbarer Nähe, nahezu alle Bewohner verdingten sich als Arbeitskräfte im Herrenhaus oder auf dessen land- oder fortwirtschaftlichen, meist ausgedehnten Ländereien. Alles Land war i.d.R. Eigentum des Herrenhausbesitzers. Faktisch änderten daran auch nichts die Landreformen des 19. Jh. („Bauernbefreiung“).

1945 waren nicht nur zahlreiche männliche Dorfbewohner, sondern häufig auch die männlichen Familienoberhäupter des Herrenhausbesitzers (und deren Söhne) „im Krieg geblieben“, die Güter wurden von Frauen bewirtschaftet.

Diese Guts- bzw. „Großgrundbesitzer“ wurden wegen ihrer unterstellten, vermeintlichen oder tatsächlichen Verstrickung in das NS- Regime pauschal als „Nazi- und Kriegsverbrecher“ bezeichnet und fast ausnahmslos entschädigungslos enteignet und flüchteten bzw. wurden vertrieben. Das Inventar der Herrenhäuser wurde nicht selten zur Plünderung freigegeben.

Mindestens bei den benannten, aber darüber hinaus bei unzähligen weiteren Herrenhäusern läuft die weitere Geschichte etappenweise gleich ab: Nutzung als Flüchtlingsunterkunft – Teilabriss zur Gewinnung von Baumaterial für Neubauernstellen – Schule/Kindergarten – Sitz der Gemeindeverwaltung – Altersheim – Leerstand und Totalverfall Reparaturen erfolgten nur in Ausnahmefällen, Schmuckornamentik und Parkett wurden oft entfernt oder überbaut (Zwischendecken, Linoleum ...), in den meisten Fällen wurden die Gebäude dem Verfall preisgegeben.

Nach 1990 erfolgte i.d.R. keine Rückübertragung an die alten Eigentümer, häufig jedoch ein Rückkauf des Gebäudes und von Teilen des ursprünglichen Landbesitzes durch diese. Was kaum rückgängig zu machen war, war die Parzellierung und Neubebauung der Park- oder Gartenanlagen, sodass heute nicht selten Einfamilienhäuser und Kleingrundstücke bis unmittelbar an das Herrenhaus heranreichen.

Mitunter übernahmen Bürgerinitiativen Sanierungsbemühungen der Häuser (mit unterschiedlichem Erfolg), manche werden heute touristisch/als Hotel bzw. Restaurant genutzt, einige von staatlichen oder wirtschaftlichen Institutionen (z.B. als Tagungsort) genutzt, vergleichsweise wenige als Kulturorte (Museum, Veranstaltungsort).

- 1.1 Vom 3. bis 11. September 1945 erließen die Provinz- und Landesverwaltungen der Sowjetischen Besatzungszone Verordnungen zur Durchführung der Bodenreform in der SBZ, zuerst in der Provinz Sachsen. Die Umsetzung der Landverteilung erstreckte sich bis in das Jahr 1948. Die [Sowjetische Militäradministration in Deutschland](#) erklärte zum 1. Juni 1948 die Bodenreform als offiziell abgeschlossen.

Insgesamt waren ca. 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche von der Bodenreform betroffen. Enteignet wurden 7160 landwirtschaftliche Betriebe von Großgrundbesitzern mit über 100 ha Landfläche (76,3 % der Gesamtfläche). Unter den größten enteigneten Gütern befanden sich u. a. die Besitzungen des Fürsten [Stolberg-Wernigerode](#) (22.000 Hektar), des [Herzogs von Anhalt](#) (20.000 Hektar), des Grafen [Malte zu Putbus](#) (18.800 Hektar) sowie des [Grafen von Arnim](#) (15.800 Hektar). Enteignet wurden zudem 4537 Betriebe unter 100 Hektar Betriebsgröße. Dies waren Betriebe von Personen, die als Kriegsverbrecher und (in den einschlägigen Verordnungen so bezeichnet) „Naziaktivisten“ eingestuft wurden (auf 4,0 % der insgesamt enteigneten Fläche). Diese Einstufung unterlag keiner gerichtlichen Überprüfung. Ebenso ging staatlicher, kommunaler sowie institutioneller Landbesitz einschließlich Wald in die Landverteilung ein: 1288 Betriebe in Staatsbesitz mit 337.507 Hektar, 169 Siedlungsgesellschaften und andere Institutionen aus der Zeit von 1933 bis 1945 mit 22.764 Hektar, 384 Betriebe mit 200.247 Hektar Staatswald und Forsten sowie 551 Betriebe mit 88.465 Hektar aus sonstigem Grundbesitz. Dies waren 19,7 % der eingebrachten landwirtschaftlichen Nutzfläche von 3,298 Mio. Hektar.

Diese insgesamt 3,298 Millionen Hektar wurden umverteilt. Das waren ca. 35 % der damaligen landwirtschaftlichen Nutzfläche. Diese Flächen wurden zu etwa zwei Dritteln an Landarbeiter, Umsiedler und Kleinbauern als persönliches, vererbbares, unveräußerliches Eigentum verteilt. 51 % der Fläche ging an [Neubauern](#), 11,5 % der Fläche ging an landarme Bauern und 3,5 % ging an sich selbstversorgende Arbeiter und Angestellte. Die Bodenempfänger waren im Detail: 183.261 Neubauern, 119.121 Landarbeiter und landlose Bauern, 91.155 Umsiedler, 82.483 landarme Bauern, 43.231 Kleinpächter und 39.838 Altbauern, die eine Waldzulage erhielten. Für den Erhalt von Bodenreformland hatten die Neubauern über mehrere Jahre gestreckt eine Jahresrente zu zahlen. Das verbleibende Drittel des Bodenreformlandes – ca. 33 % – wurde Staatsbesitz, d. h., mit Wirkung vom 1. Juli 1949 wurden [Volkseigene Güter](#) (VEG) unter zentraler Leitung der *Vereinigung Volkseigener Güter* (VVG) in Berlin (Ost) gebildet.

Kirchlicher Landbesitz sollte nicht unter die Bodenreform fallen, wurde verschiedentlich aber dennoch entzogen und an „Neubauern“ verteilt. Ebenfalls von der Umverteilung

ausgenommen waren landwirtschaftliche Forschungseinrichtungen sowie Güter, die von Städten zur Versorgung ihrer Bevölkerung betrieben wurden.

Die früheren Eigentümer über 100 Hektar verloren nicht nur ihr Land, sondern auch sämtliches sonstiges Eigentum. Von Wohnhäusern und Geldvermögen bis hin zu Mobiliar und Kleidung wurde ihnen alles entzogen, vielfach kam es zu Plünderungen. Die Enteigneten wurden aus ihren Heimatkreisen ausgewiesen. Diese politisch motivierten Kreisverweisungen der kommunistisch Zwangsenteigneten werden heute höchststrichterlich vom [Bundesverwaltungsgericht](#) in Leipzig als schweres [Verfolgungsunrecht](#) anerkannt. Die Landwirte mit bis zu 100 Hektar wurden hingegen nicht ausgewiesen, wurden aber oft als Nationalsozialisten oder Kriegsverbrecher denunziert, auch wenn sie nicht in die Verbrechen des Naziregimes verwickelt waren – zum dokumentierten Vorgehen siehe das „Weißbuch über die ‚Demokratische Bodenreform‘ in der SBZ“. Sie mussten sich dann ab 1952 der Zwangs[kollektivierung](#) ihres Landeigentums durch die SED-Staatsführung beugen bzw. schlossen sich einer [Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft \(LPG\)](#) an.

Die niedrige durchschnittliche Betriebsgröße von weniger als 10 ha zum damaligen Zeitpunkt wird einerseits mit der mittelfristig beabsichtigten Kollektivierung erklärt. Andererseits hatte sie ihren Grund in dem Versuch, außer der ansässigen Unterschicht möglichst vielen [Heimatvertriebenen](#) (Sie machten alsbald etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung der SBZ aus) den Aufbau einer neuen Existenz zu ermöglichen. Von 1945 bis zum Ende der Bodenreform 1948 wurden 43,3 % aller Neubauernstellen und 34,9 % des verteilten Bodens an Vertriebene vergeben (siehe oben). Trotz der noch zurückgehaltenen Absicht, die Landwirtschaft später zu kollektivieren, beharrte die politische Führung 1946 bis 1948 noch auf der strikten Zerlegung der Gutswirtschaften in Kleinbetriebe und dies auch da, wo die Neubauern es vorgezogen hätten, gemeinsam zu wirtschaften, was beispielsweise die Nutzung übernommener Landmaschinen und Gebäude erleichtert hätte.

Während der Mangel der Neubauern an Geräten und Vieh schon 1946/1947 deutlich gemildert werden konnte, musste mehr als die Hälfte der Existenzgründer mehrere Jahre ohne eigene Hofgebäude auskommen, was die Abhängigkeit von Altbauern und lange Wege zu den Feldern bedeutete. 1945 war ein Bedarf an jeweils etwa 100.000 neuen Wohnhäusern, Scheunen und Ställen berechnet worden, aber erst im Herbst 1947 wurde mit einem größeren Bauprogramm begonnen, das in den Folgemonaten einen großen Teil der Baukapazität der SBZ beschäftigte. Zur Behebung des katastrophalen Mangels an Baumaterial wurden aufgrund des [SMAD-Befehls Nr. 209](#) Herrenhäuser und andere Gutsgebäude abgerissen, was einerseits weniger Material erbrachte als erhofft, andererseits die Wohnsituation der Vertriebenen unter den Neubauern noch verschlechterte, da sie größtenteils in diesen Herrenhäusern einquartiert waren. Die Zerstörung äußerer Zeichen der Gutsherrschaft war ein der SED willkommener Nebeneffekt.

1.2 In der Zivilisationsgeschichte ist die Frage der Landverteilung stets von herausragender

Bedeutung gewesen. [Solon 594 v. Chr., feudale dt. Ostexpansion 10./11. Jh., Frontier in USA ...] Traditionell gilt bis in die Gegenwart Landbesitz (oder moderner: Immobilieneigentum) als krisensichere Einkommensquelle.

Die fast kostenlose (!) Landvergabe an Zugewanderte förderte deren Integration und „Dankbarkeit“. Die Bewirtschaftung des Landes durch Zugewanderte sicherte die Versorgung

An Stelle des politisch missliebigen „Großagrariersstandes“ [„Junker“] traten kleinbäuerliche Landarbeiter, die sich (und ihre Familien) selbst versorgen konnten, relativ selbstständig wirtschafteten und auf den ihnen zugewiesenen Parzellen Wohnhäuser errichten konnten.

Vertriebene erhielten 43,3 % aller Neubauernstellen und 34,9 % des enteigneten Bodens. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 24,2 %.



---

## Stillgeschwiegen

### Arbeitsblatt 2 – Sekundarstufe II

---

1. Zahlreiche Personen aus Kunst und Kultur in der DDR kamen als Vertriebene in die SBZ und lebten in der späteren DDR.
  - 1.1 Stellen Sie aus der Ausstellung zu mehreren Kulturbereichen jeweils zwei bedeutende Vertreter kurz vor.\*
  - 1.2 Die Schriftsteller Christa Wolf, Jurek Becker und Christoph Hein hatten auch in der DDR eine herausragende Bedeutung. Erarbeiten Sie knapp deren Biografien und stellen Sie anhand eines Beispiels dar, wie diese ihre Vergangenheit literarisch verarbeiteten. (Hinweise gibt Ihnen möglicherweise Ihr Deutschlehrer)  
Bsp.: Christa Wolf: Kindheitsmuster  
Jurek Becker: Jakob der Lügner  
Christoph Hein: Landnahme
  - 1.3 In der Ausstellung werden Personen benannt, die sich bereits sehr frühzeitig in den staatlichen Organen, Parteien oder sogenannten Massenorganisationen der SBZ/DDR engagierten und in ihnen „Karriere machten“. Nennen Sie bekannte Beispiele und versuchen Sie, auch mithilfe der Ausstellung, Motive dafür zu beschreiben.\*
  - 1.4 Erklären Sie den inhaltlichen Unterschied zwischen den Begriffen *Vertriebene*, *Umsiedler* und *Neubürger*. Begründen Sie, warum in der SBZ bzw. der DDR nur die beiden letztgenannten Begriffe verwendet werden durften.
2. Stellen Sie Ihre Ergebnisse in einer Sammelmappe oder einer PowerPoint Präsentation zusammen. Der Umfang sollte maximal acht Seiten / Folien betragen.

\*Diese Aufgaben müssen mithilfe der Ausstellung bearbeitet werden.

---

# Stillgeschwiegen

## Arbeitsblatt 2 – Sekundarstufe II – Hinweise für Lehrer

---

Grundlegendes für die Bearbeitung der Aufgaben findet sich auf der Tafel *Enteignung- Verteilung - Kollektivierung*

1.1 vgl. Hinweise zu Arbeitsblatt 1

1.2 In der Zivilisationsgeschichte ist die Frage der Landverteilung stets von herausragender Bedeutung gewesen. [Solon 594 v. Chr., feudale dt. Ostexpansion 10./11. Jh., Frontier in USA ...] Traditionell gilt bis in die Gegenwart Landbesitz (oder moderner: Immobilieneigentum) als krisensichere Einkommensquelle.

Die fast kostenlose (!) Landvergabe an Zugewanderte förderte deren Integration und „Dankbarkeit“.

Die Bewirtschaftung des Landes durch Zugewanderte sicherte die Versorgung.

An Stelle des politisch missliebigen „Großagrariersstandes“ [„Junker“] traten kleinbäuerliche Landarbeiter, die sich (und ihre Familien) selbst versorgen konnten, relativ selbständig wirtschafteten und auf den ihnen zugewiesenen Parzellen Wohnhäuser errichten konnten.

Vertriebene erhielten 43,3 % aller Neubauernstellen und 34,9 % des enteigneten Bodens. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 24,2 %.

1.3 Leider ist das Modell aus einer ungünstigen Perspektive aufgenommen, möglicherweise muss vom Lehrer erläutert werden.

- auf dem großflächigen, repräsentativen Gutshof sind zahlreiche gleichartige, gleich große bäuerliche Parzellen entstanden mitsamt jeweils kleinen landwirtschaftlichen Nutzflächen

- das traditionelle Dorfgefüge und Dorfäußere hat sich vollständig verändert

- das Herrenhaus ist nicht mehr der Mittelpunkt des Dorfes, sondern steht am Rande

- offensichtlich gibt es keine Unterschiede mehr zwischen den Dorfbewohnern (egal, ob Altin-gesessene oder Zugezogene)

---

## Stillgeschwiegen

### Arbeitsblatt 3 – Sekundarstufe II

---

1. \*Erklären Sie, wie der Staat DDR versuchte, organisierte Treffen von Vertriebenen zu verhindern.
2. \*Begründen Sie, warum die DDR (im Unterschied zur Bundesrepublik) keine Vertriebenenverbände oder – treffen duldete.
3. \*Beschreiben Sie Beispiele, wie vereinzelt versucht wurde, das Verbot zu umgehen.
4. Führen Sie ein Interview mit einem Zeitzeugen, der bis 1960 selbst Vertriebene in seinem Wohnumfeld hatte oder der von seinen Eltern darüber erzählt bekommen hatte.
  - 4.1 Welche Erinnerungen hat er/sie?
  - 4.2 Woher wusste er, dass es sich um Vertriebene handelt?
  - 4.3 Wie wurde über diese Menschen gesprochen?

**oder**

5. Vielleicht sind in der Generation Ihrer Voreltern selbst Vertriebene, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Ostdeutschland kamen. Führen Sie hierzu ein Interview.
  - 5.1 Welche Erinnerungen hat sie/er an die Ankunft?
  - 5.2 Welche Probleme gab es?
  - 5.3 Welche beruflichen Tätigkeiten haben sie ausgeübt?

Stellen Sie Ihre Ergebnisse in einem Schülervortrag (ca. 6 – 8 Minuten) der Lerngruppe vor. Das Interview können Sie verschriftlicht via Projektion oder als Lesetext darbieten.

\*Diese Aufgaben müssen mithilfe der Ausstellung bearbeitet werden.



---

## Stillgeschwiegen

### Arbeitsblatt 3 – Sekundarstufe II – Hinweise für Lehrer

---

Grundlegendes für die Bearbeitung der Aufgaben findet sich auf den Tafeln  
*Still, der Staat hört mit!* bzw. *Still und heimlich*

1. Hier sollte auf die verschiedenen Aktionen des MfS (Stasi) eingegangen werden
2.
  - keine Verbindungsaufnahme zu entsprechenden Gruppen in der Bundesrepublik
  - keine Gefährdung der Beziehungen zu VR Polen, der CSSR und zur UdSSR („Brudervölker“)
  - Weitere Gründe (Ideologie, Organisationsmonopol des Staates, Verschwindenlassen des Vertriebenenphänomens u.a.m. sind nicht der Ausstellung zu entnehmen)
3.
  - Geheimtreffen z.B. im Leipziger Zoo
  - Als Familientreffen getarnte Veranstaltungen
  - Teilnahme an Veranstaltungen in Westdt. bzw. Westberlin